

Zeitschrift: Die Schweiz : schweizerische illustrierte Zeitschrift
Band: 24 (1920)
Rubrik: Illustrierte Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Claridenfirn. Blick auf den Tödi. Phot. Zaf. Keller, Thalwil.

Politische Uebersicht.

Zürich, den 24. Oktober 1920.

Wie bereits in unserer letzten Rundschau erwähnt worden ist, hatte der Völkerbundsrat in seiner vom 17. bis 20. September in Paris abgehaltenen 9. Session in erster Linie die Frage der Mandschinseln zu lösen. Diese in der Ostsee gelegene Inselgruppe wurde bis jetzt von Finnland verwaltet; die schwedische Bevölkerung derselben strebt aber nach der Wiedervereinigung mit dem Mutterland. Auf Veranlassung Englands wurde die Frage, die sich im letzten Sommer zum Konflikt ausgewachsen hatte, an den Völkerbundsrat gewiesen. Hier erhob jedoch der Vertreter Finnlands, Enckel, zunächst die Kompetenzeinrede und erklärte, daß es sich um eine innere Angelegenheit Finnlands handle, die nicht vor das internationale Forum des Völker-

bunds gehöre. Der Völkerbundsrat setzte deshalb vorerst eine juristische Dreierkommission ein zur Untersuchung und Beurteilung der Zuständigkeit des Völkerbundsrats; gleichzeitig sollte die Kommission sich auch darüber äußern, ob die Pariser Konvention vom 30. März 1856, wonach niemand die Mandsinseln befestigen und zu militärischen Zwecken benützen darf, noch Rechtsgültigkeit besitze. Die Kommission, die sich zusammensetzte aus dem Dekan der Pariser Rechtsfakultät, Larnaude, dem Holländer Struijen und dem Schweizer Prof. Dr. Max Huber, hat vor wenigen Wochen ihr Urteil gefällt. Sie ist zu dem Schluß gekommen, daß die Frage der Mandsinseln internationaler Natur und daher der Völkerbundsrat kompetent sei, darüber gemäß Art. 11 des Völkerbundsstatuts zu entscheiden, da die



Das Tessinerfest des Lesezirkels Hottingen (in Verbindung mit der Vereinigung „Pro Ticino“, Sektion Zürich).
Künstlerische Dekoration: „Wallfahrtskirche im Kastanienhain“. Phot. Fr. Schmelhaus, Zürich.

Bewohner der Mandsinseln ihr Begehren um Vereinigung mit Schweden schon gestellt hatten, bevor Finnland sich als selbständigen und unabhängigen Staat erklärte. Im weiteren bejahte die Kommission die Frage der Rechtsgültigkeit der Pariser Konvention von 1856. Daraufhin hat dann der Völkerbundsrat in seiner Oktobersession sich als zuständig in der Mandsfrage erklärt und eine Dreierkommission bestellt zur materiellen Prüfung und Antragstellung in dieser Angelegenheit. Dieser Kommission gehören an die Herren Baron Beyens, früherer belgischer Gesandter in Berlin und Minister des Aeußern, Ferrari, italienischer Senator und Ex-Minister, und alt Bundesrat Dr. Felix Calonder.

Eine zweite Frage, die vom Völkerbundsrat in Paris angeschnitten und sodann in der Brüsseler Oktobersession weiterbehandelt wurde, betrifft den polnisch-litauischen Konflikt. Polen, das sich durch seinen imperialistischen Ueber-

mut die bolschewistischen Heere auf den Hals gezogen hatte, stand in Gefahr, auch noch mit Litauen in Krieg zu geraten. Es wandte sich deshalb am 5. September hilfesuchend an den Völkerbundsrat, damit er diesen Krieg verhindere. Vor dessen Schranken erschienen in Paris der Vertreter Polens, Paderewski, und Litauens, Woldemar, und der Völkerbundsrat fällte den Spruch, daß beide Parteien sich aller kriegerischen Akte zu enthalten, die am 8. Dezember 1919 vom Völkerbundsrat festgesetzte Demarkationslinie zu respektieren und ihre Truppen beidseitig von derselben zurückzuziehen hätten. Paderewski und Woldemar waren mit diesem Spruch einverstanden und reichten sich unter dem Beifall des Rates und der Zuhörer die Hand. Aber kaum hatte Polen etwas Luft bekommen, so sandte es schon wieder ein Ultimatum an Litauen, das nach seiner Meinung nicht schnell genug seinen Verpflichtungen nachkam. Im Namen des Völkerbundsrats richtete Léon

Bourgeois am 24. September an Polen telegraphisch die „inständige Bitte“, von seiner Kriegsdrohung abzustehen und Litauen die nötige Zeit zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu lassen. Bourgeois verwies Polen auf die vom Völkerbundsrat eingesetzte Kontrollkommission, welche die Ausführung seiner Beschlüsse überwachen und am 3. Oktober in Suwalki eintreffen werde. — In neuer Form beschäftigte dieser Konflikt den Völkerbundsrat, nachdem am 5. Oktober in Riga die Waffenstillstands-

und Friedenspräliminarien zwischen Polen und Sowjet-Rußland unterzeichnet worden und am 7. Oktober in Suwalki unter dem Druck der Kontrollkommission des Völkerbunds auch ein Waffenstillstandsvertrag zwischen Polen und Litauen zustande gekommen war. Polen, in seinem Eroberungszuge aufgehalten, behalf sich mit einem neuen Gewaltstreich. Es fand sich ein polnischer Gabriele d'Annunzio, der Großgrundbesitzer und General Seli-

gowski, der es unternahm, die litauische Hauptstadt Wilna, die allerdings eine starke polnische Bevölkerung aufweist, aber doch mitten im litauischen Gebiete liegt, zu seinem Fiume zu machen. Seli-gowski eroberte am 9. Oktober Wilna mit stürmender Hand, proklamierte einen neuen, „selbständigen und unabhängigen Staat“ Mittel-Litauen, der den Riesen zur Grenze haben und die Städte Wilna und Grodno umfassen sollte. Selbstverständlich ist der Sinn dieser lächerlichen Staatengründung nur eine verschleierte polnische Annexion, die man lediglich

in der Borausicht eines Widerspruchs des Völkerbunds unter das Banner des vielberufenen „Selbstbestimmungsrechtes“ stellte. In der Tat hat dann auch der Völkerbundsrat die polnische Regierung sofort veranlaßt, den General Seli-gowski zu desavouieren. Der letztere trifft indessen noch keine Anstalten, Wilna zu verlassen.

In dritter Linie hatte der Völkerbundsrat in Paris den demissionierenden Vertreter der Bevölkerung des Saarbeckens, Alfred von Boch, in der Regierungskommission dieses Gebietes zu ersetzen. Es wurde an seiner Stelle gewählt Dr. med. Hector.

Viertens sanktionierte der Völkerbundsrat die Abstimmungsergebnisse in den Gebieten von Eupen und Malmédy, welche auf Grund dieses

Volksentscheides definitiv Belgien zugeteilt wurden. Die in der deutschen Presse gegen die Abstimmung erhobenen Proteste wurden vom Völkerbundsrat nicht als stichhaltig anerkannt und vielmehr festgestellt,

Belgien habe sich bei dieser Abstimmung genau an die Vorschriften des Art. 34 des Friedens von Versailles gehalten; auch liegen bei einer Bevölkerung von 63000 Seelen nur 271 Proteste gegen die Angliederung an Belgien vor. Beweise für einen von der belgischen Regierung ausgeübten Druck seien nicht erbracht worden. Mit diesem Entscheid des Völkerbundsrats hat sich aber die deutsche Regierung nicht zufrieden gegeben, sondern noch ein offizielles Protestschreiben an den Völkerbunds-



Tessinerfest des Lesezirkels Hottingen: Tessinerinnen in ihren Landestrachten. Phot. Anton Krenn, Zürich.



Zur Einweihung des Chavez-Denkmals in Brig (September 1920). Gestiftet vom Chavez-Komitee zur Erinnerung an den ersten Simplonflug des in Domodossola verunglückten Fliegers Geo Chavez (19. September 1910).

rat gesandt, das denselben in seiner Sitzung am 20. Oktober beschäftigte. Wir wissen jedoch noch nicht, welche Folge ihm gegeben werden soll.

Endlich wurde noch der Ankauf des Hotels „National“ in Genf für die Bedürfnisse des Völkerbunds genehmigt.

Ueber die zehnte Session des Völkerbundsrats, die am 20. Oktober in Brüssel eröffnet wurde, sind wir nur noch mangelhaft unterrichtet, behalten uns aber vor, darauf zurückzukommen. Auf der Tagesordnung stehen u. a., außer den schon erwähnten Gegenständen, der Entwurf für den ständigen internationalen Gerichtshof, die Abrüstungsfrage, das Mandat über Armenien und die internationale Bekämpfung des Typhus. —

Die in Art. 9 des Völkerbundsvertrags vorgesehene ständige Kommission zur Kontrolle der Kriegsrüstungen ist am 18. Oktober in Brüssel zusammengetreten. Sie hat ihre Arbeiten begonnen mit der Einsetzung von drei Kommissionen: einer militärischen, einer für die Schifffahrt und einer für die Luftschifffahrt. Die Kommission hat dem Völkerbundsrat in Brüssel Bericht zu erstatten über die Militärorganisation derjenigen Länder, die verlangt haben, in den Völkerbund aufgenommen zu werden, und einen Bericht zu unterbreiten über die Konvention betreffend die Kontrolle des Durchgangsverkehrs von Waffen und Munition.

Das General-Sekretariat des Völkerbunds in London trifft Anstalten zu seiner Uebersiedlung und dauernden Niederlassung in Genf. Es soll — wenn es der Eisenbahnerstreik nicht hindert — am 27. Oktober, 200 Mann stark, von London abreisen und am 28. in Genf eintreffen. Die Arbeiten des Generalsekretariats mehren sich von Tag zu Tag. Die Republik Peru hat ihm ihre sämtlichen auswärtigen Verträge zur Registrierung und Veröffentlichung übermittelt. Dasselbe tat das stolze England, das dem Generalsekretariat 16 Verträge, die es im Laufe dieses Jahres abgeschlossen hat, zur Kontrolle überwies, um ihre Rechtsgültigkeit zu erlangen. Weniger Genugtuung empfindet man darüber, daß auch das belgisch-französische Sonderbündnis vom Generalsekretariat registriert worden ist, wobei noch ausdrücklich bemerkt wird, daß „natürlich“ die militärischen Abmachungen dieses Bündnisses nicht bekanntgegeben werden können. Das ist einfach ein Anachronismus, der sich mit dem Völkerbundsgeist nicht verträgt und verschwinden muß. — Deutschland wurde vom Generalsekretariat eingeladen, zur Sitzung eines vorläufigen Völkerbunds-ausschusses für Transport- und Transitfragen, die am 15. Oktober in Paris stattfand.

Der durch Art. 393 des Versailler Friedensvertrages geschaffene Verwaltungsrat des Internationalen Ar-

beitsamtes in Genf, der für das Internationale Arbeitsamt die Richtlinien aufzustellen und dessen Tätigkeit zu kontrollieren hat, versammelte sich zu seiner 5. Session am 5. Oktober in Genf. Aus seinen Verhandlungen ist bemerkenswert, daß sich sämtliche Delegierte der Arbeitgeber für den Achtstundentag ausgesprochen haben. Am 6. Oktober gab Bundesrat Schulthess dem Verwaltungsrat im Namen des Bundesrats ein Diner. Bis jetzt hat der Verwaltungsrat getagt am 27. und 28. November 1919 in Washington, am 26. und 27. Januar 1920 in Paris, vom 22. bis 25. März in London und vom 8. bis 12. Juni in Genua. Die Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes, welche alle Staaten, also auch die Zentralmächte umfaßt, hat in Washington und Genua getagt und wird zum drittenmal im Jahre 1921 in Genf zusammen treten.

Große Hoffnungen setzte man in den Finanz- und Handelskreisen Europas auf die vom Völkerbund einberufene Internationale Finanzkonferenz, die unter dem Vorsitz von alt Bundesrat Gustav Ador vom 24. September bis 9. Oktober in Brüssel tagte. Sie hörte die

Berichte der einzelnen Länder über ihre Finanzlage — eine lange Kette von Klagedliedern — und befaßte sich in Kommissions- und Plenumsberatungen mit der Art und Weise der Sanierung der Staatsfinanzen, den Währungsfragen und der Hebung des internationalen Handels und Kredits. Die Schweiz war in sämtlichen Kommissionen durch die Herren de Haller, gewesenen Vizepräsidenten der Nationalbank, Henri Heer in Verikon und Nationalrat Dr. Alfred Frey vertreten. Von besonderem Interesse war die Stellung und Behandlung des auf der Konferenz anwesenden Deutschen Reiches, die an Loyalität beiderseits nichts zu wünschen übrig ließ. Immerhin fehlt aber noch jetzt auf allen diesen Konferenzen die Hauptsache: das Vertrauen, das allein ein wirksames Zusammenarbeiten der europäischen Staaten für den Wiederaufbau ermöglichen kann. Deshalb ist auch das positive Ergebnis der Konferenz von Brüssel ein sehr mageres, und die Valutaverhältnisse haben sich inzwischen nicht gebessert. Dieses mangelnde Vertrauen spiegelt sich namentlich wider im Verhalten Frankreichs, das nun auch wieder die Genfer Konferenz in der Wiedergut-

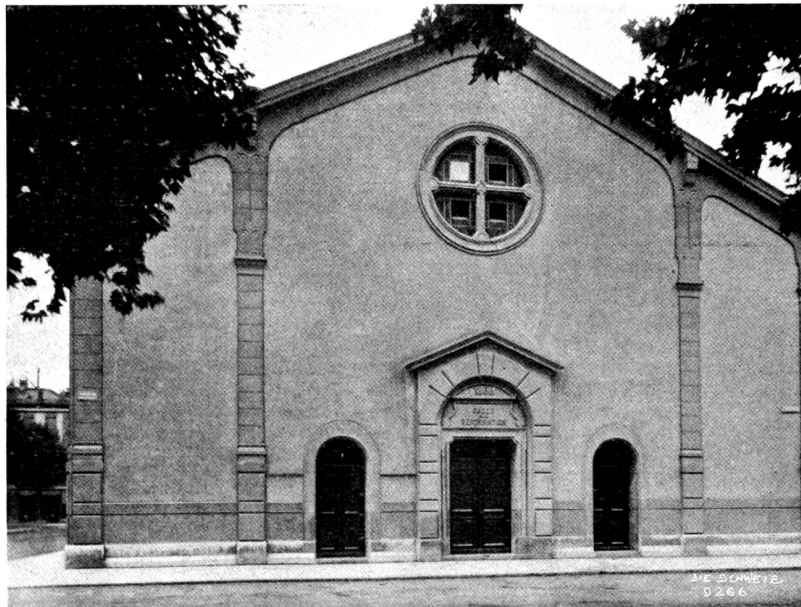


Wilhelm Baumgartner-Denkmal in Zürich. Zum 100. Geburtstag des Musikdirektors und Komponisten (O mein Heimatland). 19. November 1820 bis 17. März 1867. Phot. W. Gallas, Zürich.

machungsfrage hintertrieben hat. Sie sollte eine Fortsetzung bilden zu der Konferenz in Spa im letzten Sommer und war dort vereinbart worden, aber Frankreich verweigerte nachträglich seine Teilnahme an derselben und wollte die von Deutschland zu bezahlende Wiedergutmachungssumme ohne Mitwirkung Deutschlands von der Wiedergutmachungskommission endgültig festgesetzt wissen, während England auf der Einberufung der Genfer Konferenz beharrte. Durch Vermittlung Belgiens kam dann eine Verständigung zwischen England und Frankreich in dem Sinne zustande, daß die Genfer Konferenz endgültig fallen gelassen wird, wogegen in Brüssel eine „Techniker-Konferenz“ in dieser Frage zusammentreten und einer darauffolgenden Staatenkonferenz Bericht und Antrag vorlegen soll.

In Mailand tagte vom 12. bis 18. Oktober die internationale Union des Associations pour la Société des Nations. Es ist dies ein Verband der in verschiedenen Ländern bestehenden freiwilligen Völkerbundsvereinigungen, welche sich namentlich die Förderung und Popularisierung des Völkerbundsgedankens zur Aufgabe gemacht haben. Beachtung verdiente unter den Mailänder Beschlüssen

namentlich eine Rundgebung für die sofortige Aufnahme der ehemaligen Zentralstaaten in den Völkerbund. Diese Rundgebung wurde auf den Antrag Italiens von einer Kommission des Völkerbunds beschlossen, dann aber leider vom Plenum am 13. Oktober, trotz wärmster Befürwortung durch Italien und England wieder annulliert! Gegen die Rundgebung sprach insbesondere der Pariser Professor Aulard, den zur peinlichsten Ueberraschung der Völkerbundsfreunde in der Schweiz auch der Sprecher unseres Landes, Professor Mercier in Lausanne, unterstützte. Der Antrag Italiens wurde mit 9 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Gegen die sofortige Aufnahme der Zentralstaaten stimmten: Belgien, Griechenland, Frankreich, Polen, Portugal, Rußland, Spanien, die Schweiz (!) und die Tschechoslowakei; dafür stimmten England, Italien, Georgien, Schweden und Norwegen. Der Stimme enthielten sich Japan, China und Holland. An Stelle des Antrags Italiens wurde dann folgende Motion mit allen Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen: „Zum Wohle des wahren Völkerfriedens ist es angebracht, möglichst rasch alle Staaten ohne irgendwelche Ausnahme in den



Der Reformationsaal in Genf, wo künftig die Sitzungen der Vertreter des Völkerbundes abgehalten werden. Phot. F. S. Jullien, Genf.



Die neue Voralphütte der Sektion Uto S. A. C. am Wallenbühlhorn, 2170 m ü. M. (eingeweiht 3. Oktober 1920).
Phot. Ferd. Bucher, Zürich.

Völkerbund aufzunehmen, wenn sie ihm beitreten wollen und imstande sind, die im ersten Artikel der Völkerbundsverfassung niedergelegten greifbaren Garantien zu leisten.“

Zu der bemühenden Haltung des Mailänder Kongresses ist sofort festzustellen: 1. die „Union“ ist eine private Vereinigung ohne jeden amtlichen Charakter; 2. die Vertretung der Schweiz auf dem Kongreß war keine offizielle; als solche kann nur die Delegation des Bundesrats auf der kommenden Völkerbundsversammlung in Genf gelten, und die Haltung dieser Delegation wird eine ganz andere sein; 3. Prof. Mercier hatte aber auch keinerlei Auftrag und Ermächtigung, seine Stimme im Namen der Nationalen Schweizerischen Vereinigung für den Völkerbund abzugeben; sein Votum war ein rein persönliches. — Viel sachgemäßer als die Mailänder Motion lautet die am 14. Oktober von der Internationalen Wirtschaftskonferenz in London beschlossene Resolution: „Die Konferenz ist der Ansicht, daß der Völkerbund nicht als ein effektives Werkzeug für den Wiederaufbau dienen kann, wenn in den-

selben nicht alle Nationen, die beizutreten wünschen, aufgenommen werden.“

Wenn nun aber auch das internationale diplomatische Leben sich unverkennbar mehr und mehr im Rahmen des Völkerbunds abspielt, so ist doch anderseits nicht zu leugnen, daß der Völkerbund auf den Gang der Weltereignisse selbst noch recht wenig bestimmenden Einfluß auszuüben vermag und die Dinge oft genug außerhalb seines Machtbereichs und gegen den Geist seiner Satzungen ihren Lauf nehmen. Trotzdem bleibt es wahr, daß der Völkerbund den einzigen Keim der Hoffnung bildet in dem Chaos, welches gegenwärtig die Welt bedeutet. — Was nun den polnisch-russischen Krieg betrifft, so ist zu konstatieren, daß er mit einer eklantanten Niederlage Sowjet-Rußlands geendet hat. Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands am 5. Oktober sind am darauffolgenden Samstag den 9. Oktober die Feindseligkeiten zwischen beiden Heeren eingestellt worden, und gleichzeitig begannen in Riga die Friedensunterhandlungen, die schon am 12. Oktober mit der Unterzeichnung des Präliminarfriedens endeten. Die Bolsche-

wiki haben für einmal auf die Unterjochung Polens verzichtet und ihre Nichteinmischung in die innern Verhältnisse der Republik versprechen müssen. Auch in den Gebietsfragen waren sie zu starken Konzessionen genötigt: die Demarkationslinie verläuft 230 km östlich der Ostgrenze des ehemaligen Generalgouvernements Warschau; Litauen und die Ukraine werden unabhängig und übernehmen die Rolle von Pufferstaaten an der polnischen Grenze. Die endgültigen Friedensunterhandlungen sollen binnen kurzem ebenfalls in Riga eröffnet werden.

Je schlechter es den Bolschewiki äußerlich geht, um so frecher werden ihre Herausforderungen an die ganze Welt, um so herrischer ihre Ansprüche auch gegenüber den eigenen Genossen. Lenin und sein Klüngel haben den Sozialisten aller Länder ihre 21 Bedingungen hingeworfen, denen diese sich unterziehen sollen, wenn sie in die dritte Internationale aufgenommen zu werden wünschen, und überall ist nun in den sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien ein heftiger Streit darüber entbrannt. Lenin kann in seinem Gefolge nur unbedingt ergebene Sklaven-seelen brauchen, beherrscht von einigen wenigen, von ihm begünstigten Diktatoren, mit denen er durch das gleiche Interesse der Erhaltung der Macht verbunden ist. Er hofft, nicht ohne Berechtigung, auf die alles besiegende Frechheit seiner Kreaturen und auf die Feigheit der Massen, die sich in Furcht und Hoffnung immer auf die Seite stellen, wo sie einen festen Willen erkennen, und wenn er sie auch direkt in den Abgrund führt. Der große Triumph der Moskowiter bleibt die Weltrevolution, und es ist heute noch nicht gesagt, daß sie damit falsch spekulieren. Wie leicht kann sie sich an dem gigantischen Bergarbeiterstreik in

England entzünden! Dieser Riesen-ausstand ist — mehr als es heute den Anschein hat — das Werk der Bolschewisten. Uebereinstimmend wird bezeugt, daß der Impuls dazu von unten herauf, aus den insgeheim verhetzten Massen kam und über die Köpfe der „bewährtesten“ Führer hinwegging. Der Streikbeschuß ist in einer Urabstimmung gefaßt worden, und zwar mit 685198 Stimmen gegen nur 131428. Die streitige Forderung der Bergarbeiter ist eine sofortige Lohnerhöhung um 2 Schilling pro Tag, während die Grubenbesitzer, unterstützt von der Regierung, die Gewährung dieser Lohnerhöhung von einem gleichzeitigen Versprechen der Bergarbeiter, die Produktion zu erhöhen, abhängig machen. Die Bergarbeiter beharren jedoch auf der bedingungslosen sofortigen Lohnerhöhung; nachher dann, wenn dies zustanden ist, seien sie bereit, alle nur wünschbaren Garantien für die Produktions-erhöhung zu geben. In diesem „bedingungslos“ ist der springende Punkt: die Machtfrage, um deretwillen die Regierung nicht kapitulieren kann. Monatelang zogen sich die Unterhandlungen hin. Donnerstag den 21. Oktober fiel in der Delegiertenversammlung der Bergleute der endgültige Beschluß. Am Freitag den 22. Oktober richteten die Delegierten der Trade Unions ein Ultimatum an die Regierung mit der Drohung, daß alle Arbeiterverbände des ganzen vereinigten Königreiches in den Generalstreik treten werden, wenn nicht innert 24 Stunden eine befriedigende Antwort auf die Forderung der Bergleute gegeben werde. Mit banger Sorge sieht die ganze Welt der weitem Entwicklung dieses fürchtbarsten sozialen Konflikts, der England jemals heimgesucht hat, entgegen. S. Z.

Totentafel (vom 23. September bis 3. Oktober 1920). In Lausanne starb am 25. September im Alter von 44 Jahren Dr. Paul Nabel, Professor der Dermatologie an der Universität Lausanne, der ein hervorragender Gelehrter war. Er hatte am Lazarett Waadt-Genf teilgenommen, das während des Balkankrieges nach Griechenland gesandt wurde; ebenso pflegte er Verletzte in Serbien und an der französischen Front.

Am 27. September in Appenzell Aargau Statthalter Franz Spick, der älteste Vertreter der liberalen Partei Appenzell-Aargau, im Alter von 66 Jahren.

Zu Neuenkirch im Kanton Luzern am 3. Oktober Großrat M. Muff, Tierarzt, ein liberaler Führer, ebenfalls 66 Jahre alt.

Bitte zu korrigieren: S. 636, zweite Spalte, Zeile 6: (S. 639) statt (S. 632 u. 633). D. Red.

Redaktion: Hans Müller-Bertelmann, Zürich; Dr. Walter Reih, Bern. **Druck der Buchdruckerei Berichthaus, Zürich.**
Aleinige Inseraten-Aannahme: Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Zürich, Basel, deren Filialen u. Agenturen.



Die Geburt Christi. Glasgemälde.

Entwurf von Albin Schweni, Ramsen. Ausgeführt von Louis Halter, Bern.
 (Vierfarbentisch der Firma F. Pfisterer & Cie., Graph. Kunstanstalt, Bern; Druck: Verichthaus, Zürich).